



Die Arbeiterklasse muß ihre geschichtliche Aufgabe erkennen und im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf für eine klassenlose Gesellschaft aufnehmen

DIE REVOLUTIONÄRE STIMME

**Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
Nr.6 NEUE EINHEIT 29.9.71**

Eine finstere Zusammenkunft von Brandt und Breschnew

Am 17. September 1971 fand auf der Krim ein Treffen zwischen dem westdeutschen Bundeskanzler Brandt und dem Chef der revisionistischen Kreml-Clique Breschnew statt. Nach dem Westberlin-Abkommen schlugen die Imperialisten und Sozialimperialisten ein riesiges Freudengeheul an, was über ihre wahren Absichten und die in Wirklichkeit unüberbrückbaren Gegensätze hinwegtäuschen sollte. Jetzt, kaum 14 Tage später, ist die Lage unter ihnen wegen der sich neu anbahnenden Koalition von westdeutschem Imperialismus und Sozialimperialismus durch Hektik und verschärfte Auseinandersetzungen bestimmt. Das ganze politische Leben in Europa ist durch diese kurze Zusammenkunft aufgeschreckt. Und

in der Tat zeigen sich in der jetzigen Entwicklung Parallelen zu der Entwicklung, die früher zu zwei Weltkriegen geführt hat. Die Völker spüren, daß es auf eine neue Etappe wahnwitziger Auseinandersetzungen der Imperialisten in Europa zugeht.

Welch ein Hohn, wenn Brandt und Breschnew behaupten, daß ihre Machenschaften der "Entspannung" und dem "Frieden" dienen. Sie dreschen ihre Phrasen immer noch weiter, obwohl das glatte Gegenteil schon in die Augen springt. Der ganze Charakter des Treffens deutet darauf hin, daß bei dem Treffen nur etwas ausgebrütet worden sein kann, was sich gegen sämtliche anderen Nationen richtet.

Eine Allianz reaktionärster Kräfte

Brandt und Breschnew sprechen häufig von der Errichtung eines "dauerhaften Friedens" und "gegenseitiger Sicherheit". Wie aber stellen sie sich eine solche "Friedensordnung" vor? Es ist eine Ordnung, in der erst einmal die Sowjetunion und die westdeutsche Bundesrepublik einen "Friedensblock" bilden, einen Block, der hinter dem Rücken der Völker die Interessenssphären abgrenzt und sie bevorzugen. Ein "Friedensblock", der die revolu-

tionären Bewegungen in Europa erdrücken soll und unter pseudolinken Phrasen die Massen noch mehr als bisher versklaven soll.

Wer sind denn die Garanten dieses "Friedensblocks"? Es ist zum einen der westdeutsche Imperialismus, der von seiner ganzen Entwicklung her und wegen seiner gegenwärtigen Ziele zu den reaktionärsten Kräften auf der ganzen Welt gehört. Der westdeutsche Imperialismus verdankt seine Existenz und seinen Wiederaufstieg der Aufpöpelung durch den amerikanischen Imperialismus. Die Bundesrepublik ist als ein Bollwerk der Reaktion und des Antikommunismus, als Bastion der USA zur Beherrschung ganz Europas ins Leben gerufen worden.

Bis vor kurzem konnte der westdeutsche Imperialismus auf Grund dieser Rolle immer größeren Einfluß gewinnen, und sich selbst zur zweitgrößten Macht innerhalb des Westens machen. Nun strebt er danach, auf eigene Faust, d.h. unabhängig von den USA, eine großwahnsinnige Politik mit dem Ziel der Vorherrschaft in Europa zu betreiben. Das besonders Üble am westdeutschen Imperialismus liegt darin, wie er die Volksmassen betrügt und jede wirklich fortschrittliche Bewegung in Deutschland brutal unterdrückt. Gegenwärtig gibt sich dieser westdeutsche Imperialismus unter der Führung der SPD in einem fortschrittlichen Gewand. Aber deshalb ist er

Aus dem Inhalt:

Lineare oder prozentuale Lohn-
erhöhung?

Zum Gewerkschaftstag der IG-
Metall

Zum 25. Jahrestag der Verkündung
des Nürnberger Urteils

nur umso gefährlicher. Gerade mit der "Entspannungspolitik", mit seiner gegenwärtigen diplomatischen Offensive will er den Eindruck erwecken, als sei er nun aus einer Kraft des "kalten Krieges" zu einem Vermittler des Friedens geworden. In Wirklichkeit steckt hinter dieser "Offensive" genau sein wahnwitziges Hegemonialstreben.

Das deutsche Volk soll durch dieses heimtückische Manöver, dadurch, daß es für diese sogenannte Friedenspolitik gewonnen werden soll, wiederum an den westdeutschen Imperialismus gekettet werden. Es soll erneut zu einer Reserve für die imperialistische Reaktion gemacht werden. Die Ziele der Politik des deutschen Imperialismus sind so finster wie seit eh und je. Die Völker in Europa sollen gegeneinander ausgespielt werden, die selbständigen revolutionären Massenbewegungen sollen ausgetilgt werden und in Deutschland ein Zentrum dieser Reaktion geschaffen werden, welches dazu dienen soll, eine revolutionäre Bewegung auch in anderen Ländern aufzuhalten. Auf einer solchen wahnwitzigen, allerdings zum Scheitern verurteilten Grundlage soll die Vorherrschaft der deutschen Monopole abgesichert werden.

Das ist der eine "Garant" des Friedens.

Der andere "Garant" des Friedens, das ist der sowjetrevisionistische Sozialimperialismus. Das ist eine Kraft, die aus der Konterrevolution in der Sowjetunion, aus der Beseitigung der revolutionären Diktatur der Arbeiterklasse und der Wiedereinführung des Kapitalismus hervorgegangen ist. Nach innen hin hat er eine faschistische Diktatur errichtet, nach außen hin betreibt er eine unverhüllte imperialistische Aggressionspolitik gegen andere Völker.

Seine "Friedenspolitik" und seine Versöhnung mit der Bundesrepublik, das ist nichts anderes als seine "Supermachtspolitik", die darin besteht, mit den anderen Imperialisten über die Köpfe der revolutionären Volksmassen hinweg bei der Einteilung der "Interessensphären" zu kollaborieren und zu konkurrieren.

Die Sowjetunion und ihre revisionistischen Agenturen, die Führungscliquen der entarteten ehemaligen kommunistischen Parteien, sind zu einer Stütze der internationalen Reaktion geworden. Ihr "Friedenskampf" besteht darin, daß sie überall die revolutionäre Massenbewegung abwiegeln oder mit pseudofortschrittlichen Phrasen in die Irre führen.

Sie sind überall auf der Welt zu eifrigen Vorkämpfern gegen die wirklichen Kommunisten geworden, die der Reaktion zur Niederhaltung der Revolutionäre alle nur möglichen Hilfsdienste anbieten.

Schaut man sich diese "Friedenskräfte" an, so erkennt man, daß sich hier reaktionärste Kräfte gefunden haben. Fürwahr, ein "Friedensblock"! Es scheint allerdings, als hat sich hier eine neue "Heilige Allianz" gebildet, eine makabere Neuauflage des alten Bündnisses des preußisch-deutschen Militarismus und der zaristischen Reaktion, zwei Wächter über die fortschrittliche Bewegung in ganz Europa. Nur daß heute an der Spitze der Reaktion die Sozialdemokratie und der moderne Revisionismus stehen. Sie haben sich in der Korruption, in der Unterminierung und Sabotage gegen den Sozialismus, gegen die revolutionäre Massenbewegung "verdient" gemacht. Sie werden heute gebraucht, um die Massen mit ihrer sozialen und pseudofortschrittlichen Heuchelei zu täuschen und an den Imperialismus zu ketten.

(Fortsetzung auf S.8)



Brandt und Breschnew schmieden ein Komplott zwischen westdeutschem Imperialismus und sowjetrevisionistischem Sozialimperialismus, das sich gegen die Völker Europas richtet.

Lineare oder prozentuale Lohnerhöhung ?

Wir haben in den letzten Nummern der "Revolutionären Stimme" dargestellt, daß die Forderung einer 15%igen Lohnerhöhung gemessen an den zunehmenden Belastungen durch Arbeitshetze und Preiserhöhungen noch eine mäßige Forderung ist und volle Unterstützung und Einsatz verdient. Die 9-11%ige Forderung der Gewerkschaftsführung, die dann bei den abgekarteten "Verhandlungen" noch weiter gedrückt werden soll, ist den Interessen der Arbeiter entgegengesetzt und stellt eine "vernünftige Lösung" im Interesse der Kapitalisten dar. Das gilt es in der jetzigen Tarifrunde herauszustellen.

Es gibt aber einige sich als "kommunistisch" bezeichnende Gruppen, die zwar ein radikales Geschrei anheben und so tun, als ob sie sich gegen die 9-11%ige Forderung richten. In Wirklichkeit aber wollen sie von der Hauptsache, von dem berechtigten Kampf um die berechnete 15%ige Lohnerhöhung ablenken. Sie, insbesondere die als "KPD" auftretende Gruppe, tut alles, um den Kampf zu verwirren, und macht die Frage, ob die Erhöhung prozentual (also 15%) oder als sogenannte "lineare Erhöhung" (z.B. 75 Pfennig pro Stunde mehr für alle) erhoben werden soll, zur Hauptsache. Sie stellen die Losung "120 Mark mehr für alle" voran (seit wann erhalten Arbeiter Monatslohn? Wenn schon, dann müßte eine solche Forderung auf die Stunde berechnet werden).

Die Verantwortlichen der "KPD" verbreiten, es ginge nicht so sehr darum, mehr als 11%, eben 15% durchzusetzen, das steht an zweiter Stelle. Wichtiger wäre, überhaupt eine "lineare Erhöhung" durchzusetzen, weil das angeblich der "Vereinheitlichung" der Arbeiter dienen würde.

Es ist nicht das erste Mal, daß eine in Wirklichkeit spalterische Sache als eine der Einheit dienende angegeben wird. "120 DM mehr für alle" bedeuten für die höher verdienenden Facharbeiter nämlich keineswegs 15% mehr Lohn - es wäre sogar noch weniger, als die Gewerkschaften jetzt fordern. Und mit Recht würden sich die relativ besser verdienenden Werkstätigen dagegen wehren, daß sie die Kosten der Lohnsteigerungen für die untersten Lohngruppen mit tragen sollen. Die "KPD"-Forderung ist somit eine Forderung, die die relativ besser Verdienenden gegen die schlechter Verdienenden einnehmen soll und ist deshalb selber spalterisch. Zudem unterstützt sie noch falsche Vorstellungen vom Sozialismus, wo angeblich alle gleichgeschaltet werden sollen und alle - ungeachtet ihrer Leistung - gleichviel verdienen sollen. Diese Forderung der "KPD" ist also zusätzlich noch geeignet, Vorurteile gegen den Sozialismus zu nähren.

Warum aber können diese Leute trotz Widersinnigkeit eine solche "Forderung" aufrechterhalten?

Tatsächlich besteht eine große Ungerechtigkeit darin, daß viele Werkstätige für einen Hungerlohn arbeiten, weil sie in

niedrigen Lohngruppen eingestuft sind. Insbesondere sind es Frauen und Jugendliche, die in unverschämter Weise unterbezahlt werden. Es gibt zahlreiche Großbetriebe, die Extraprofite aus der verschärften Ausbeutung der Frauen ziehen. Manche Gewerkschaftsführer haben noch die Stirn, ihre Mittäterschaft bei der Aushandlung solcher diskriminierenden Lohngruppen mit der angeblich mangelnden Kampfbereitschaft der Frauen zu rechtfertigen. Ein Großteil der Frauen würde nur "dazuverdienen" und hätte das Geld nicht so nötig. Das ist eine unerhörte Argumentationsweise, die die Frauen, die in unserer Gesellschaft angeblich gleichberechtigt sind, diskriminiert. Wir sind sicher, daß gerade ein Großteil der mit einem Hungerlohn abgespeisten Frauen entschieden gegen eine solche empörende Ungerechtigkeit kämpfen wird, wenn sie sich von dem Einfluß all dieser Abwiegler lösen. Die "KPD" kommt auf die "soziale" Tour und verspricht, daß bei Durchführung ihrer Forderung nach linearer Lohnerhöhung die Frauen ein paar Brocken mehr bekommen würden. Gehen z.B. Mann und Frau arbeiten, dann würde bei einer linearen Lohnerhöhung die Frau das mehr erhalten, auf das ihr Mann, der in einer höheren Lohngruppe eingestuft wurde, verzichten müßte.

Es gibt nur eine Lösung, diese diskriminierende Ungerechtigkeit zu beseitigen: Männer und Frauen aller Lohngruppen unterstützen die völlige Abschaffung der unteren Lohngruppen. "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" heißt die richtige Parole, die diese Ungerechtigkeit im Kern packt, und die Losung der "linearen Lohnerhöhung", die vortäuscht, dasselbe zu wollen, ist falsch.

Die Forderung der "KPD" ist also selbst spalterisch und dient in keiner Weise den Interessen der Arbeiterklasse.

Wir bekämpfen die "KPD", weil sie mit ihren falschen Losungen die fortschrittlichen Kräfte verwirren und sie von den breiten Massen isolieren will.

Es kommt darauf an, daß solche Elemente gerade von den Arbeitern selber entlarvt werden, denn es geht um ihre Interessen. Die Auseinandersetzung um die richtige Forderung dient dem Zweck, dem Kampf eine klare Richtung und Stärke zu geben, indem solche falschen Vertreter hinausgesäubert werden.

DIE REVOLUTIONÄRE STIMME
(Sondernummer)

"Über den Kommunismus"

Preis DM 0,10

NEUE EINHEIT
(Sondernummer 2)

"Der 13. August und die revolutionäre Perspektive für die Westberliner"

Preis DM 0,10

Zum Gewerkschaftstag der IG-Metall

Zum Erscheinen der NEUEN EINHEIT Sondernummer 3

In der letzten Woche erschien die 'NEUE EINHEIT' Sondernummer 3 "Nieder mit der korrupten Gewerkschaftsführung - Gegen das Verbot der KPD/ML (NEUE EINHEIT)". Zu dem in diesen Tagen stattfindenden Gewerkschaftstag der IG-Metall waren von einigen Gewerkschaftsbönnen mehrere Anträge zum Verbot "maoistischer Gruppen" eingebracht worden. Die Begründungen der Anträge starren von Verleumdungen, sagen aber nichts Genaueres über unsere Ziele, außer, daß wir gegen die bestehende Ordnung wären. Es ist ganz offensichtlich, daß in den Gewerkschaften unser Verbot vorbereitet werden soll, daß diese pseudofortschrittlichen Führer der Gewerkschaften angeblich im Namen der Arbeiter für das Verbot Propaganda machen sollen.

Wir haben in der 'NEUEN EINHEIT' Sondernummer dargelegt, was unsere wirklichen Ziele sind, und warum die Gewerkschaftsführer zu unserem Verbot aufhetzen. Wir haben dargelegt, warum unserer Ansicht nach, die Arbeiterklasse im Vertrauen auf ihre eigene Kraft ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen muß. Diese Gesellschaft ist eine Ausbeutergesellschaft, in der nur mit immer raffinierteren Methoden die Arbeiter ausgebeutet werden. Der Weiterbestand dieser Gesellschaft führt zu einer immer brutaleren und raffinierteren Unterdrückung, in immer schlimmere Krisen und schließlich zum vollständigen Chaos. In der Neuen Einheit heißt es hierzu:

"Es ist wohl klar, daß die radikale Beseitigung dieses Systems, das Humanste und Größte ist, was man für die Menschheit tun kann. Es ist klar, daß dieses System nur im Kampf der Volksmassen gegen die verzweifelt sich wehrende Bourgeoisie, gegen ihren Staatsapparat, gegen ihren Anhang zerstört werden kann."

Weiter heißt es:

"Das Ziel dieses Kampfes kann nur die Errichtung des Sozialismus sein, in dem die Arbeiterklasse über ihr Schicksal selbst bestimmt, in dem sie nicht mehr ausgebeutet wird und die sozialen Ungleichheiten beseitigt werden, in dem die schöpferischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse voll entfaltet werden, andererseits aber alle Kräfte der ehemaligen Bourgeoisie unterdrückt werden.

Das Ziel ist schließlich nach einer langen Etappe des Kampfes die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, in der erst vollständig die wirkliche gesellschaftliche Freiheit der Menschheit erreicht wird."

Innerhalb der jetzigen Gesellschaftsordnung setzen wir uns für einen entschiedenen gewerk-

schaftlichen Kampf ein. Wir wollen, daß die Arbeiterklasse sich ihrer Kraft bewußt wird und im Vertrauen auf ihre Kraft ihre Rechte gegen die Bourgeoisie vertritt. Die Gewerkschaftsführer aber, daß konnten wir beweisen, hatten von Anfang an die Aufgabe,

"die Arbeiter in einer Organisation zu erfassen, die eine angebliche Interessenvertretung der Arbeiter ist, in Wirklichkeit die Arbeiter jedoch kontrollieren und jede Regung des selbstständigen Kampfes der Arbeiterklasse abwiegeln soll.

Der Gewerkschaftsapparat soll als "Interessenvertretung der Arbeitnehmer" in der Gesellschaft das Vertrauen der Arbeiter gewinnen. In der ganzen Öffentlichkeit wird die DGB-Organisation als die Kraft hingestellt, die die Arbeiter vertritt. Sie soll die Arbeiterklasse an den Imperialismus ketten, soll sie zum "Mitgestalten" am Imperialismus, also zur Mitgestaltung an ihrer eigenen Ausbeutung heranziehen. Daher auch der ganze schändliche, betrügerische Charakter der Gewerkschaftsführer, die sich sozial und fortschrittlich gebärden, in Wirklichkeit aber - wie sich zuletzt in den Chemiestreiks zeigte - in organisierter Weise und planmäßig die Arbeiter an der Nase herumführen."

Der DGB-Apparat trug Anfang der Fünfziger Jahre erheblich dazu bei, die Ausbeutung der Arbeiter mit den neuen raffinierteren Methoden der Arbeitshetze einzuführen.

Heute haben die höchsten Gewerkschaftsführer ihre schändliche Rolle als Unterdrücker der Arbeiterklasse dazu benützen können, um sich selber in fette Aufsichtsratsposten zu bringen und Kapitalien anzuhäufen. Umso wütender reagieren sie auf unsere Partei und andere revolutionäre Organisationen, die ihre Rolle offensichtlich angreifen und entlarven. Sie können im Grunde unserer Argumentation nichts entgegensetzen und setzen sich mit an die Spitze der Reaktion, indem sie unser Verbot fordern. An ihrer Seite befinden sich einige pseudokommunistische Organisationen, wie die sogenannte D"K"P, oder der KAB (Kommunistischer Arbeiterbund), die die Politik der Gewerkschaftsbönnen beschönigen, oder gar wie die D"K"P das Verbot mitfordern.

Lest:

NEUE EINHEIT Sondernummer 3

"Nieder mit der korrupten Gewerkschaftsführung! - Gegen das Verbot der KPD/ML (NEUE EINHEIT)"

Preis 0,20 DM

Einen erfolgreichen Kampf können wir nur führen, wenn wir mit den Handlangern der Gewerkschaftsführung aufräumen

Diese Verbotsdrohung richtet sich zweifellos gegen alle Marxisten-Leninisten. Alle Organisationen, die sich auf den Boden des Marxismus-Leninismus und der Maotsetzungs-ideen stellen, sollten eine Aktionseinheit im Kampf gegen das Verbot eingehen. Wir müssen jedoch sehen, daß der kapitalistische Staatsapparat und die Gewerkschaftsführung keineswegs nur durch ein juristisches Verbot, durch den Einsatz der Staatsgewalt uns zu vernichten sucht. Vielmehr versucht gerade die Gewerkschaftsführung auch Einfluß auf die politische Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung zu nehmen, um sie zu zersetzen und ihr erst einmal die revolutionäre Spitze zu nehmen.

Nur dann, wenn die Kommunisten das Wesen des Gewerkschaftsapparates aufdecken, betreiben sie eine wirklich revolutionäre Politik, nur dann können sie die Massen gewinnen. Wenn sie den Charakter des Gewerkschaftsapparates verschweigen, wenn sie nicht aufdecken, daß es sich von vornherein um einen Apparat handelt, der die Arbeiter unterdrücken soll, dann heucheln sie vor den Arbeitern, dann sind sie vor den Arbeitern nicht vertrauenswürdig, und dann werden sie die Arbeiter auch nicht gewinnen. Mithin führt ein inkonsequenter Kampf gegen die Gewerkschaftsführer zur Isolierung von den Massen. Das aber würde die marxistisch-leninistische Bewegung auf Gnade oder Ungnade den Gewerkschaftsführern und der übrigen Reaktion ausliefern.

Der Gewerkschaftsapparat versucht unter den Kommunisten solche Illusionen zu wecken, daß man mittels des Gewerkschaftsapparates gewisse "soziale Reformen" durchsetzen könne, daß man sich in und mit dem Gewerkschaftsapparat für die Interessen der Arbeiter wirksam einsetzen könne. Dabei spielt eine gewisse Schicht scheinradikaler Elemente im Gewerkschaftsapparat eine große Rolle. Die Bedeutung dieser Schicht nimmt mit den anwachsenden Kämpfen der Arbeiterklasse zu. Sie sollen die Arbeiter mit ihren scheinradikalen Phrasen hinhalten, andererseits von einem konsequenten Kampf gegen die Gewerkschaftsführung ablenken.

Oder sie tun so, als könne man große Teile der Gewerkschaftsspitze zu den fortschrittlichen Kräften hinüberziehen oder gar die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse machen.

Es gibt eine ganze Reihe von Organisationen, wie z.B. den "K"AB(ML) die "KPD" oder den "KB(ML)", die sich als marxistisch-leninistisch bezeichnen, aber gerade einen konsequenten Kampf gegen die Gewerkschaftsführer ablehnen. Diese Organisationen sprechen sehr oft vom "Verrat" der Gewerkschaftsführer, als seien die heutigen Gewerkschaftsführer in den letzten Jahrzehnten jemals Vertreter der Arbeiter gewesen (!).

Es kommt hingegen darauf an, die Gewerkschaftsführung als einen festen Bestandteil der Bourgeoisie zu begreifen, die eine Organisation leitet, die offensichtlich dazu da ist, die Arbeiter zu unterdrücken und mit einer vielgliedrigen Organisation ins Joch des Kapitals zu zwingen.

Die versöhnlerische Politik dieser Organisationen, die sich als marxistisch-leninistisch bezeichnen, aber wird dazu führen, daß sie mehr und mehr mit den "linken" Gewerkschaftsführern verschmelzen. In ihren Reihen werden sie dann eine Rolle als scheinradikale Demagogen zur Täuschung der Arbeiter übernehmen.

Wir werden einen erfolgreichen Kampf gegen den Kapitalismus nur führen können, wenn wir einen kompromißlosen Kampf gegen die Gewerkschaftsführung und die mit ihr verknüpfte Sozialdemokratie führen. Das gilt insbesondere für den Kampf gegen das Verbot. Wenn wir uns mit den Massen verbinden wollen und eine breite Front gegen die Unterdrückung führen wollen, dann müssen wir andererseits rigoros mit den Versöhnlern brechen.

Das heißt also, wenn wir erfolgreich den Kampf gegen das Verbot und die Unterwühlung der kommunistischen Bewegung kämpfen wollen, dann müssen wir schonungslos die Versöhnler bekämpfen. Auch eine einige, geschlossene Front der Marxisten-Leninisten gegen das Verbot können wir nur bekommen, wenn wir mit den Versöhnlern aufräumen. Logischerweise werden die Versöhnler bei der raschen Zuspitzung der Lage auch sehr rasch gegen uns ins Lager der Konterrevolution hinüberwechseln und zu Handlangern der Gewerkschaftsführung werden. Deshalb sollten alle wirklichen Marxisten-Leninisten entschlossen und gemeinsam den Kampf gegen das drohende Verbot unserer Bewegung und gegen das Versöhnlertum aufnehmen. Wir fordern alle Mitglieder dieser versöhnlerischen Organisationen auf, sich dieser Tatsachen bewußt zu werden, und die Konsequenzen daraus zu ziehen, indem sie sich den wirklichen Marxisten-Leninisten zuwenden und mit den opportunistischen Führern brechen.

GEGEN DAS VERBOT ALLER
MARXISTEN-LENINISTEN!

GEGEN DIE HANDLANGER DER
GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG, DIE UNSEREN
KAMPF SABOTIEREN!

GEGEN DAS GEPLANTE VERBOT DER
KPD/ML (NEUE EINHEIT)!

NIEDER MIT DER BOURGEOISIE!
NIEDER MIT DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG!

Rubrik: Arbeiterkorrespondenz

Entlassungen bei NCR

Vor etwa einer Woche wurden wieder für die NCR-Werke Entlassungen angekündigt. Im Hauptwerk Augsburg wurden schon seit Anfang des Jahres 500 Arbeiter und Angestellte entlassen.

Der NCR-Konzern hat seinen "Mitarbeitern" jahrelang Honig um der Bart geschmiert, wie mit Jubiläumsurlaub, Jubiläumsprämie und "Aktien" und hat die Arbeiter und Angestellten zu Firmenstolz in der großen "NCR-Familie" erziehen wollen.

Der NCR-Konzern gab sich alle Mühe, der Belegschaft weiszumachen, daß die Interessen des Konzerns auch die der Belegschaft wären.

Gleichzeitig hat er ständig die Arbeitshetze gesteigert. Den überwiegenden Teil des Betriebsrats und Teile des Vertrauensleutkörpers hat er bisher gebraucht, um seine dreckigen Betrugereien unter der Belegschaft durchzusetzen. Jetzt setzen die NCR-Bosse sie in Trab, um den Widerstand der Belegschaft gegen die Entlassungen zu brechen.

Der Betriebsrat versucht, die Arbeiter und Angestellten gegeneinander auszuspielen. Letzlich erklären Betriebsrat und Vertrauensleutkörper einfach, "da könne man nichts machen" und wollen die Belegschaft mit einer utopischen "Mitbestimmung" vertrösten. Weiter versuchen sie unverfrorenerweise der Belegschaft einzutrichtern, daß die Arbeiter und Angestellten überhaupt keine Kraft darstellen und sich völlig der kapitalistischen "Wirklichkeit" fügen müßten, denn alles andere wäre unvernünftig und würde die Lage nur noch verschlimmern.

Betriebsrat und Geschäftsleitung versuchen aus den Entlassungen noch Kapital zu schlagen. Sie erpressen die Kollegen und treiben bei NCR die Arbeitshetze noch weiter. Viele Arbeiter haben die gemeinen Betrugereien von den Kapitalisten und den "Arbeitervertretern" erkannt.

Sie sehen andererseits einen großen Teil Arbeiter, die dieser Lage noch gleichgültig und sorglos gegenüberstehen und resignieren: "Wir würden schon was unternehmen, aber nur wenn alle mitmachen."

Bei uns in der Firma hat sich die Lage der Belegschaft so verschlechtert, daß es höchste Zeit wird, daß diese Arbeiter den Kampf aufnehmen und die "Anderen" von dieser Notwendigkeit überzeugen.

Ohne dem werden sich alle Arbeiter, die bereit sind, für ihre Rechte zu kämpfen, in einem Teufelskreis bewegen und ewig warten, daß, "jemand anders" die Initiative ergreift.

Bei uns gibt es eine SPD-Betriebsgruppe, die gemeinsam mit Betriebsrat und Gewerkschaftsbonzen nicht nur den Widerstand gegen die Maßnahmen der NCR-Kapitalisten abblocken will, sondern sie erklären in

dreister Weise, wenn die Arbeiter mithelfen würden, die Profite der Kapitalisten zu steigern, würde auch für sie etwas herauspringen.

Was solches Gerede wert ist, haben die Kollegen bei uns jetzt zu spüren bekommen. Je mehr wir uns anstrengen und ausbeuten lassen, umso mehr machen wir uns gegenseitig Konkurrenz um die Arbeitsplätze.

Der einzige Weg für die Arbeiter und Angestellten gegen die Entlassungen vorzugehen, besteht darin, selbständig den Kampf im Betrieb zu organisieren.

Wir können uns nicht darauf verlassen, daß Andere sich für unsere Anliegen einsetzen.

Es lebe der Kampf der Arbeiterklasse!

Das Treffen Tito-Breschnew

Interessant war, daß Breschnew nach dem Treffen mit Brandt zum Führer der jugoslawischen Revisionistenclique Tito eilte. Auch hier trafen sich zwei Kräfte, die wegen ihrer Heuchelei und ihrem Betrug am Sozialismus berüchtigt sind. Breschnew und Tito betonten in einem gemeinsamen Kommuniqué ihre "freundschaftliche Zusammenarbeit". Breschnew versuchte offensichtlich, Tito mit zu dem Komplott hinüberzuziehen und in die Bedrohung und Aggression gegen die Völker des Balkans mit einzubeziehen, wobei er auf die Titoclique setzt, die sich in der Vergangenheit immer als Saboteur der sozialistischen und der fortschrittlichen Bewegung betätigt hat. Jugoslawien soll das Komplott, das sich gegen die Völker und insbesondere auch gegen die Völker des Balkans richtet, mitspielen. Die jugoslawische Revisionistenclique hat sich als sogenannter "blockfreier Staat" sehr oft in die Reihen der ihre Freiheit verteidigenden Nationen geschmuggelt, um dann diesen Kampf zu sabotieren und zu schwächen. Genau diese drei, Tito wie Breschnew und Brandt, haben sich "verdient" gemacht in der Unterdrückung des Sozialismus Lenin-Stalinscher Prägung. Diese drei haben eine traurige Berühmtheit erlangt, in der Errichtung "sozialistischer" Systeme, in der die Volksmassen unter sozialistische Phrasen geknechtet werden und für eine schmutzige, degenerierte Ausbeuterclique ausgepresst werden.

Die Revolutionäre Stimme

Herausgeber:
Kommunistische Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten (NEUE EINHEIT)
Verantwortlich: Klaus Sender
Redaktionsadresse:
Verlag Neue Einheit,
1 Berlin 30, Zietenstr. 22
Telefon: 0311 / 216 23 57
(Montag bis Freitag 18 - 20 h)
Eigendruck im Selbstverlag
erscheint alle zwei Wochen
im Abonnement erhältlich
Einzelpreis DM 0,20

Zum 25. Jahrestag der Verkündung des Nürnberger Urteils

Vor 25 Jahren, am 30. September 1946, wurde im Prozeß gegen die faschistischen Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg das Urteil verkündet. Der größte Teil der Angeklagten wurde der Verbrechen gegen den Frieden, der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit restlos überführt. Sie wurden am 1. Oktober, soweit sie nicht so feige waren, sich vorher schon das Leben zu nehmen, hingerichtet.

Vor den Richtern der vier Siegermächte standen die scheußlichsten Auswüchse des deutschen Faschismus. Nicht vor Gericht standen die Hauptschuldigen, die dem "Nationalsozialismus" erst ermöglicht hatten: die deutschen Imperialisten, die bereits 1914 einen Weltkrieg entfesselt hatten. Die großen Konzernherren wie Krupp, Thyssen, Quandt, Flick, Zangen u.a. verhalfen Hitler in den Sattel, weil er große Volksmassen für ihre Interessen gefügig gemacht hat. Ihre Rolle dürfen wir nie vergessen, sonst verfällt man leicht der falschen Meinung, daß die Machenschaften und Verbrechen des Nationalsozialismus nur das Werk verdrehter und Größenwahnsinniger Fanatiker waren. Diese Großkapitalisten verdienten Unsummen an Profiten aus der Sklavensarbeit von KZ-Insassen und Kriegsgefangenen und aus der Ausbeutung der Deutschen selber. Ein Teil von ihnen wurde zwar in der Folge des Nürnberger Prozesses als Kriegsverbrecher verurteilt, aber nur, weil ihre verbrecherische Rolle vor aller Augen offenlag. Nach kurzer Zeit wurden sie von den Amerikanern wieder freigelassen und konnten sich gleich wieder an die Spitze "ihrer" Konzerne stellen.

Was also der Nürnberger Prozeß und die folgenden Prozesse in den Westzonen nicht geleistet haben, bleibt weiterhin die Aufgabe der Deutschen selber.

Wir sind der Meinung, daß die deutschen Volksmassen gründlich mit der Vergangenheit abrechnen müssen. Das heißt nicht, daß wir in ein pazifistisches Gejammer verfallen sollen und uns schuldhaft an die Brust klopfen. Es gilt, die Gesetzmäßigkeit des Imperialismus zu erkennen, der solche Auswüchse hervorbringt, der dann, wenn er nicht entschieden und gründlich bekämpft wird, die Volksmassen selber in immer wahnsinnigere Abenteuer stürzt, die nur Krieg und Elend hervorbringen können.

Heute schickt sich der westdeutsche Imperialismus wieder an, eine Großmachtrolle zu spielen. Es ist heute noch dieselbe Klasse, die die Macht hat und somit die Politik bestimmt, dank der Unterstützung der Amerikaner nach dem zweiten Weltkrieg. Sie besitzt die Großkonzerne und beherrscht die neue westdeutsche Armee. In den Kanzleien sitzen wieder die alten Nazifachleute, die ihre "Erfahrungen" an die neuen Karrieristen weitergeben konnten, um so für eine ungebrochene Tradition sorgen zu können. In den Westzonen wurden nach Ende des Krieges unzählige Entnazifizierungsverfahren von den Amerikanern und Briten inszeniert. Es ist aber be-

kannt, daß diese nur dazu dienten, den hohen Nazis einen Rehabilitierungsausweis zu verschaffen, um sie auf diese Weise reinzuwaschen und im Interesse der US-Imperialisten einzusetzen, während die kleinen Mitläufer in Internierungslager gesteckt wurden. Die Erfahrungen der großen Nazis wollten die USA für einen neuen Kreuzzug gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion ausnutzen.

Diese ganze Entnazifizierungskomödie in den Westzonen trug nur dazu bei, eine echte Abrechnung mit dem Nationalsozialismus in Mißkredit zu bringen. Selbst der amerikanische General Clay mußte 1946 zugeben: "Es wird immer klarer, daß die Entnazifizierung dazu ausgenutzt wird, um möglichst viele Leute in ihre früheren Posten wieder einzusetzen, anstatt die Schuldigen zu finden und zu bestrafen." Die Politik in der Sowjetzone stand im krassen Gegensatz dazu und erfüllte das Potsdamer Abkommen. Wie der damalige sowjetische Außenminister Molotow sagte, war dort das "Hauptaugenmerk auf die Entfernung aktiver Faschisten und Personen, die unter dem Hitlerregime führende Posten bekleideten, von öffentlichen und halböffentlichen Stellungen und auf deren Ersetzung durch Personen, die von den demokratischen Organisationen empfohlen wurden" gerichtet. Das zog bereits damals den Zorn gewisser Kreise in den Westzonen auf sich, die höllisch davor Angst hatten, daß dasselbe auch hier angewandt würde.

Aber dank der Unterstützung der US-Imperialisten und des schwachen Widerstands unter den Volksmassen konnten die deutschen Imperialisten den alten Apparat wieder aufbauen und ihre Macht, die nach dem 2. Weltkrieg total zerstört war, wieder aufzurichten. Heute träumen sie wieder davon, eine Supermacht zu werden, und die jetzige politische Entwicklung scheint ihnen Recht zu geben, so daß sie bereits in einen Taumel verfallen. Auch vor dem 2. Weltkrieg errang der deutsche Imperialismus einen außenpolitischen Erfolg nach dem anderen. Aber diese Erfolge vergrößerten nur seine Raubgier. Selbst Hitler gab sich ein friedliches Gesicht und fasselte vom Frieden, der aus Verhandlungen gewonnen werden könnte. Das machte er so lange, als er noch in den Geheimverhandlungen - besonders mit dem britischen Premier Chamberlain - ein Zugeständnis nach dem anderen erhielt. Durch diese Erfolge wurde der deutsche Imperialismus in seiner Raubgier ermuntert und entfachte schließlich den zweiten Weltkrieg.

Dieselben Männer, die damals Hitler unterstützten, und ihre Nachfolger, sitzen auch heute noch an den Kommandostellen von Wirtschaft und Politik. Sie sind diejenigen, die der jetzigen SPD-Regierung ihren Segen geben. Der deutsche Imperialismus hat sein Wesen nicht geändert. Die SPD ist nur ein besseres Aushängeschild für die immer abenteuerlichere Großmachtspolitik, weil sie, anscheinend unbelastet von der aggressiven "nationalsozialistischen" Großmachtspolitik, die Völker Europas täuschen soll.

(Fortsetzung von S.7)

Manche meinen, die Nürnberger Prozesse ablehnen zu müssen, weil sie von ausländischen Richtern geführt wurden. Sie haben in einer Hinsicht recht, es spricht nicht für Deutschland, wenn der Nationalsozialismus erst von außen geschlagen werden mußte, wenn bis zur letzten Minute der räuberische Krieg noch von breiten Teilen der Bevölkerung aufrechterhalten und die Nazi Herrschaft nicht schon lange vorher von den deutschen Volksmassen selber gestürzt wurde. Gerade deshalb ist es notwendig, hier in Westdeutschland und Westberlin den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus aufzunehmen und ihn, den Feind der Völker, der sich zu neuen Abenteuer anschickt, radikal zu beseitigen. Die Volksmassen müssen selber Gericht halten, dann können wir uns einen zweiten Nürnberger Prozeß ersparen.

(Fortsetzung von S.2)

Die Verbrechen des Sozialimperialismus

Der heutige sowjetrevisionistische Sozialimperialismus begeht ein ungeheures Verbrechen. Er wertet den deutschen Imperialismus auf, für dessen Niederschlagung die Völker, allen voran das Sowjetvolk, mit großen Opfern im zweiten Weltkrieg gekämpft haben. Er begünstigt sogar das Hegemoniestreben Westdeutschlands auf dem Kontinent und stärkt damit wieder diesen Kriegsbrandherd. Breschnew irrt sich gründlich, wenn er glaubt, Westdeutschland an der Stange halten zu können. Westdeutschland wird diese politische Stärkung dazu nutzen, um seinen Einfluß über ganz Europa zu verstärken. Es wird ihn insbesondere über Westeuropa zu verstärken suchen, um dann als Hegemonialmacht auch die Sowjetunion mehr und mehr zu bedrohen. Durch dieses Komplott hat sich der westdeutsche Imperialismus so weit gestärkt, daß eine neue Gruppierung unter den Imperialisten herausgefordert wird.

Das alles hat unweigerlich eine Verschärfung der Widersprüche unter den Imperialisten mit sich gebracht, und es ist eine brisante Lage in Europa entstanden. Das Resultat der sozialimperialistischen "Friedenspolitik" ist also, daß Europa immerhin einen Schritt näher an einen Krieg gekommen ist.

Es zeigt sich die Kehrseite der Aggressionspolitik des Sozialimperialismus gegen die Volksrepublik China. Er stützt skrupellos die reaktionärsten Kräfte und treibt damit auch in Europa die Kriegspolitik voran. Er hat damit auch den antifaschistischen Kampf restlos verraten.

Die Gegensätze zwischen den Imperialisten verschärfen sich noch schneller als erwartet. Es ist an der Zeit, daß die revolutionären

BESTELLSCHEIN

Hiermit abonniere ich "DIE REVOLUTIONÄRE STIMME" für ein halbes Jahr (für ein Jahr). Ich bezahle die Zeitung nach Erhalt der Rechnung.

.....
(Name und Anschrift)

Bestellungen sind zu richten an:
Verlag NEUE EINHEIT, 1 Berlin 30,
Zietenstr. 22. Der Preis für ein
Halbjahresabonnement (13 Nummern)
beträgt 2,50 DM (zusätzlich Porto),
für ein Jahresabonnement 5,- DM (zu-
sätzlich Porto). Sammelbestellern
und Wiederverkäufern gewähren wir
30% Rabatt.

Massenbewegungen gegen den Imperialismus auf den Plan treten. Wie sich gerade am westdeutschen Imperialismus und am Sozialimperialismus zeigt, bauen diese Kräfte darauf, über die Köpfe der Massen hinweg ihre Machenschaften betreiben zu können.

Ganz besonders die westdeutsche Arbeiterklasse ist aufgerufen, gegen den westdeutschen imperialistischen Monopolkapitalismus den Kampf aufzunehmen, denn dieser treibt die Zuspitzung durch seine größenwahnsinnigen Ziele noch voran, der westdeutsche Staat ist ein Hort der Reaktion. Ein Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland würde ein Fortschritt für die revolutionären Massenbewegungen in ganz Europa sein.

Ganz sicher ist, daß der Imperialismus seinem vollständigen Untergang entgegengeht. Aber es wird wesentlich eine Frage sein, wie er untergeht, ob er in seinem Untergang zunächst noch in Kriegen Millionen von Menschen in den Tod mitschleift, oder ob die revolutionäre Massenbewegung den Imperialismus vernichten kann, bevor er die Völker noch einmal aufeinanderhetzt. Schon vor einiger Zeit analysierte Mao Tsetung: "WAS DIE FRAGE EINES WELTKRIEGES BETRIFFT, GIBT ES NUR ZWEI MÖGLICHKEITEN: DIE EINE IST, DAß DER KRIEG DIE REVOLUTION HERVORRUFT, DIE ANDERE IST, DAß DIE REVOLUTION DEN KRIEG VERHINDERT."

Die Rückkehr zur unverhüllten Geheimdiplomatie, wie sich bei dem Brandt-Besuch in die Sowjetunion zeigt, der verschärfte gegenseitige Kampf der verschiedenen imperialistischen Cliquen ist ein Zeichen höchsten Alarms für die Volksmassen. Es ist zugleich ein Anlaß diese Lehre Mao Tsetungs zu beherzigen und einen alten Traum der Völker Europas in die Tat umzusetzen: Die Parole "Krieg dem Kriege" verwirklichen, die Imperialisten hinwegfegen und eine wirklich friedliche und sozialistische Gesellschaft aufbauen.